

Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen
Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 57 bis 70:

All das reicht ~~aber noch lange~~ nicht aus. Für uns Grüne ist es wichtig, Mieter*innen konsequent in ihren Rechten zu stärken. Das Mietrecht, als Ausgleichsinstrument zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen, hat seine Balance verloren und wird den unterschiedlichen Wohnungsmärkten in Deutschland nicht mehr gerecht. Wir wollen das Mietrecht deshalb ausdifferenzieren, um den schrumpfenden sowie wachsenden Regionen und Städten gerecht werden Mietsteigerung begrenzen, zu können. Wir werden Mietsteigerungen begrenzen und fair gestalten, die zunehmende Spekulation und die Praxis des Raussanierens bekämpfen- und Verdrängung beenden bekämpfen. Eine richtige Mietpreisbremse ohne Hintertür muss her. Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in guter Lage die klimafreundliche, ~~warme~~ Wohnung bezahlbar bleibt. Wir werden durch die Anhebung des Wohngeldes bedürftigen Menschen zusätzlich unter die Arme greifen und den Kündigungsschutz wieder zu einem Schutzinstrument machen. Mieterschutzverbände brauche ein Verbandsklagerecht.

Die Spekulation mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen soll zukünftig durch stadtweite Umwandlungsverbote, die die Kommunen selbst erlassen können, unterbunden werden. Die Bevölkerung soll durch Mietobergrenzen in Gebieten mit sozialer Erhaltungssatzung (Milieuschutz) besser geschützt werden. Statt zum Höchstgebot muss der Bund Liegenschaften vergünstigt an Kommunen und öffentliche Wohnungsunternehmen abgeben, wenn das städtebaulich oder wohnungspolitisch erforderlich ist.

Wir wollen kurze Wege, mehr Grün in der Stadt und mehr Treffpunkte und Leben in den Quartieren durch Stadtteilzentren fördern. Wir wollen gemischte Quartiere stärken und der Verdrängung von kleinteiligem Gewerbe vorbeugen. Kommunen mit zu wenig Gewerberräumen soll es zukünftig möglich sein, Gewerbemieten mit einem Gewerbemietenspiegel zu begrenzen. Die Quartiersentwicklung muss neben sozialen auch energetische Gesichtspunkte umfassen und ganzheitlich angelegt werden. Wir wollen die Städtebauförderung fortführen und dies mit der Wohnraumförderung zu verknüpfen.

Wir unterstützen urbane Gärten, Wohnprojekte, Bürgerenergie und generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen wollen wir stärken, den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen und mehr nachwachsende und gesunde Baustoffe einsetzen. Wir werden die Entwicklung von umweltfreundlichen und preiswerten Dämmstoffen vorantreiben. Das ~~Baurecht~~ Bau- und Planungsrecht werden wir modernisieren und ein faires grünes Wärmepaket auflegen, um Ressourcen und das Klima zu schonen – und zwar für alle bezahlbar. ~~Für lebenswerte Städte und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen.~~

Begründung

mündlich (Katrín Schmidberger, MdA)